



Liebe Leserinnen und Leser,

heute ist die letzte reguläre Sitzungswoche dieser Legislaturperiode zu Ende gegangen. Bis zuletzt haben wir im Deutschen Bundestag, in den Ausschüssen und in den Arbeitsgruppen um Lösungen in wichtigen Fragen gerungen.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Neben vielen umweltpolitischen Themen und der Verankerung verschärfter Klimaziele, stand vor allem der Verbraucherschutz auf der Agenda. Außerdem haben wir unseren wehrhaften Staat gestärkt, um seine Bürgerinnen und Bürger noch besser zu schützen. Dafür haben wir Änderungen im Strafrecht vorgenommen, darunter Maßnahmen zum besseren Schutz von Kindern, von Prostituierten, zur Strafbarkeit sogenannter Feindeslisten, kriminellen Handelsplattformen im Internet und zum Stalking.

Die ausgehende Legislaturperiode hat uns alle in vielfacher Hinsicht herausgefordert. Sie hat den Parlamentarismus auf eine harte Probe gestellt, ebenso den Föderalismus. Sie hat aufgezeigt, wo unsere Schwächen liegen, aber auch unsere Stärken. Mit Rekordzahlungen haben wir die Härten der Pandemie abgedeckt. Mit Rekordinvestitionen für mehr Innovation, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze haben wir die richtigen Weichen für unsere Zukunft gestellt.

Als Union wollen wir unsere Politik für die Mitte der Gesellschaft auch nach der Bundestagswahl im September fortsetzen. Neben den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Globalisierung und der fortschreitenden Digitalisierung warten wichtige Projekte wie etwa die Modernisierung unseres Staatswesens.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Ambitionierte Umweltpolitik mit neuen Technologien
Mehr Schutz vor unfairen Verträgen
Mehr als 15.000 Euro für das Grenzmuseum Schirnding

2
3
4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Ambitionierte Umweltpolitik mit neuen Technologien

In dieser Woche wurden wichtige energie- und umweltpolitische Weichen für Deutschlands Zukunft gestellt. Dazu gehören u.a. der Markthochlauf von Wasserstofftechnologien, das Repowering von Windkraftanlagen sowie die Digitalisierung der Energieversorgung.

Zur Abstimmung kamen auch Entlastungen für Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Diese sind zwingend erforderlich geworden, da durch die Einführung der rein nationalen CO₂-Besteuerung Anfang des Jahres (durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz) unsere Unternehmen in besonderer internationaler Wettbewerbssituation stehen.

Die durch die sogenannte Carbon-Leakage-Verordnung zu gewährenden Entlastungen für die Unternehmen sollen Abwanderung von Produktionen in Länder mit geringeren Umwelt- und Klimastandards verhindern und damit Arbeitsplätze in Deutschland halten.

Carbon-Leakage-Verordnung – SPD gefährdet Arbeitsplätze in der Region

In besonderer Weise betroffen von der eingeführten CO₂-Bepreisung ist die heimische Porzellan- und Textilindustrie. Dort ist man technisch auf Wärmeprozesse unter Einsatz von Erdgas angewiesen. Alternativen gibt es nicht und sind bis auf Weiteres auch nicht ersichtlich.

Noch bevor der Vorschlag für eine entlastende Verordnung des Bundesumweltministeriums das Kabinett erreicht hat, haben wir bereits erfolgreich für massive Verbesserungen gesorgt, zum Beispiel durch höhere Kompensationsgrade und eine Ausweitung des Kreises der kompensationsberechtigten Unternehmen. Des Weiteren wird die Absenkung der EEG-Umlage nicht mehr vom Beihilfebetrug in Abzug gebracht.

Die Union wollte wesentlich weitreichendere Entlastungen gerade von kleinen und mittelständischen Unternehmen. In den Verhandlungen mit der SPD haben wir daher intensiv auf eine weitere Erhöhung der Kompensationsgrade und niedrigere Zugangsschwellen zum Carbon-Leakage-Schutz gedrungen. Dies war jedoch aufgrund des Widerstandes des Koalitionspartners und des Bundesumweltministeriums nicht erreichbar.

Tatsache ist allerdings auch: Ohne Verordnung gäbe es keinerlei Kompensation. Ein Scheitern des Vorhabens war deshalb keine Option.

Was wir erreicht haben, ist eine Verschärfung bei der Überprüfung der Verordnung. Die Bundesregierung muss hierzu dem Deutschen Bundestag künftig einmal im Jahr berichten und klären, ob Änderungsbedarf an den Regelungen besteht.

Die Union wird sich dafür einsetzen, dass die Carbon-Leakage-Verordnung an den entsprechenden Stellen zügig nachgebessert wird. Das Thema bleibt fest auf unserer politischen Agenda und wird Gegenstand der Koalitionsverhandlungen werden. Dies haben ich und der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Gesundheit, Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Stephan Stracke MdB (CSU) heute Vormittag in einer Videoschleife mit Vertretern von hochfränkischen Porzellan-Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften klargestellt.



Mehr Schutz vor unfairen Verträgen

Mit dem in dieser Woche beschlossenen „Gesetz für faire Verbraucherverträge“ haben wir viel für den Verbraucherschutz erreicht:

- Wer künftig eine Kündigungsfrist verpasst, bleibt nicht mehr wie bisher ein weiteres Jahr in einem vielleicht ungünstigen Vertrag gefangen, weil sich dieser automatisch um 12 Monate verlängert. Als Union haben wir durchgesetzt, dass sich Verträge maximal um einen Monat verlängern und Kunden monatlich kündigen können.
- Künftig sind Anbieter von zweijährigen Laufzeitverträgen verpflichtet, auch einjährige Laufzeitverträge anzubieten, die maximal 25 Prozent teurer sein dürfen.
- Abtretungsausschlüsse im Kleingedruckten werden verboten. Zukünftig können Verbraucher damit insbesondere mit Blick auf kleine Streuschäden einen Schadensersatzanspruch problemlos durch Dritte geltend machen.
- Durch die Einführung eines Textformerfordernisses für Energielieferverträge mit Haushaltskunden sollen Verbraucher besser vor telefonisch aufgedrängten oder untergeschobenen Energielieferverträgen geschützt werden.
- Um Rechtsicherheit beim Kauf gebrauchter Gegenstände zu schaffen, wird eine Klarstellung zur Gewährleistung beim Verbrauchsgüterkauf ins Gesetz geschrieben.
- Pflicht zur Einführung eines Kündigungsbutton im Online-Bereich: Während Verträge im Internet meist schnell abgeschlossen sind, ist es umso mühseliger, sie wieder zu kündigen. Auf Initiative der Union wird mit der Verpflichtung zur Einführung eines Kündigungsbuttons nun eine unkomplizierte Kündigungsmöglichkeit eingeführt, den Verbrauchern Zeit, Geld und Nerven spart.

Vier Jahre. Eine Bilanz.

Viel geschafft. Viel bewegt.

Die Legislaturperiode neigt sich ihrem Ende entgegen. In den vergangenen vier Jahren haben wir den Auftrag unserer Wählerinnen und Wähler mit hohem Engagement umgesetzt, wir haben für politische Stabilität gesorgt und wichtige Impulse gegeben. Im Mittelpunkt standen für uns immer die Menschen. Fixpunkte unserer Politik waren unsere Sicherheit, unserer Zukunft und eine nachhaltige Lebensweise.

Es ist an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen:

➔ Besuchen Sie [hier](#) die eigens eingerichtete Microsite für einen Bilanz-Überblick.



Mehr als 15.000 Euro für das Grenzmuseum Pohraniční Muzeum Schirnding e.V.

Rund 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs vermitteln nur noch wenige Orte eine Vorstellung davon, wie einst zwei Systeme Europa politisch, militärisch und wirtschaftlich trennten. Das Schirndinger Grenzmuseum ist einer dieser Orte. Durch zahlreiche Originalexponate vergegenwärtigt das Museum diese Zeit in eindrücklicher Weise und schafft einen Ort der Erinnerung und der Mahnung.

Aus dem "Soforthilfeprogramm Heimatmuseen 2021" erhält das Museum nun Bundesmittel in Höhe von 15.763 Euro. Sie stammen aus dem Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“. Diese Förderung wird dazu beitragen, dass das Museum die Geschichte lebendig hält und auch in Zukunft vermittelt, was Grenzen bewirken und wie sie überwunden werden können.

Das Museum, das rein ehrenamtlich geführt und betreut wird, benötigt das Geld für die Umsiedlung ins Ortszentrum Schirnding. Dort wird vom Markt Schirnding ein leer stehendes Bauernhaus umgebaut, in dem neben dem Museum auch Gemeindetreff, Bücherei, Archiv und Musikschule untergebracht sind. Die neuen Räumlichkeiten erfordern eine neue Einrichtung und Gestaltung. Insbesondere aber soll eine IT-Ausstattung mit Medieneinrichtungen angeschafft werden, die die Ausstellung und Veranstaltungen bereichern, aber auch der Verwaltung dienen sollen.



Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de,

Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat